



Statement

des Präsidenten des Bundes der Steuerzahler, Reiner Holznagel,
anlässlich der Präsentation von
„Das Schwarzbuch – Die öffentliche Verschwendung 2021/22“
am 9. November 2021 in Berlin

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

ich freue mich, dass Sie sich in diesen spannenden politischen Tagen Zeit für das neue Schwarzbuch nehmen.

Aktuell wird viel über Staatsfinanzen diskutiert. Und schon im Wahlkampf wurde darüber gesprochen, Steuerhinterziehung einen Riegel vorzuschieben. Ich vermisse aber, dass ebenso engagiert darüber diskutiert wird, wo und wie Steuergeld verschwendet wird – oder anders: wo Steuergeld gespart werden kann. Aus Sicht der ehrlichen Steuerzahlerinnen und Steuerzahler gehört nämlich beides zusammen: Die Politik muss der Steuerhinterziehung UND der Steuergeldverschwendung gleichermaßen überzeugt entgegentreten.

Deshalb stellen wir Ihnen heute das 49. „Schwarzbuch der öffentlichen Verschwendung“ vor. Seit 49 Jahren geben wir eine Sammlung beispielhafter Verschwendungsfälle heraus. Klar ist, dass diese Fälle nur die Spitze des Eisbergs sind. Dazu gehören skandalöse Fälle, bei denen Milliarden Euro in den Sand gesetzt wurden, aber auch kleinere und skurrile Fälle direkt vor der Haustür der Bürger.

Steuergeldverschwendung in dieser Breite und Tiefe aufzudecken, ist unser Markenkern. Als Bund der Steuerzahler sind wir die einzige nichtstaatliche Organisation in Deutschland, die diese Aufklärungsarbeit leistet. Wir finanzieren uns durch Mitgliedsbeiträge und Spenden und sind fester Bestandteil einer politisch interessierten Zivilgesellschaft.

In diesem Sinne hat unser „Flaggschiff“, das Schwarzbuch, im Interesse der Bürgerinnen und Bürger schon viel erreicht. Denn die Verantwortlichen in den Verwaltungen und Parlamenten wissen, dass ihnen jemand auf die Finger schaut und Verfehlungen ans Tageslicht bringt. Plumpe Verschwendung auf politischer Ebene sehen wir glücklicherweise kaum noch – ich denke zum Beispiel an die Nutzung eines Dienstwagens für private Urlaubsreisen vor vielen Jahren.

In vielen Fällen konnten wir Steuergeld retten. So berichten wir auch im neuen Schwarzbuch über konkrete Erfolge.

Ein Beispiel: Lange hatte sich die Bundesregierung dagegen gesperrt, ihre auf drei Standorte zersplitterte Flugbereitschaft am Flughafen Berlin Brandenburg, dem BER, zusammenzuziehen. Stattdessen flogen die Maschinen – teils leer! – zwischen den verschiedenen Standorten hin und her, um ihre VIPs einsteigen zu lassen oder zu ihren Heimatflughäfen zurückzukehren. Ein

Zusammenführen war erst nach 2030 geplant. Nach deutlicher Kritik des Bundes der Steuerzahler hat endlich ein Umdenken eingesetzt: Die Hubschrauber und Flugzeuge sollen nun schneller umziehen.

Ein anderes Beispiel kommt aus Niedersachsen: An einem Badensee hatte die staatliche Betreibergesellschaft einen neuen Kletterturm angeschafft und bestellte dafür gleich einen Geschäftsführer – dabei HATTE die Gesellschaft bereits zwei Geschäftsführer! Nachdem der Bund der Steuerzahler den dritten Chefposten öffentlich gemacht hatte, ruderte der Betreiber zurück und verkleinerte die Geschäftsführung wieder.

Erfreulich ist auch, dass in diesem Sommer die Europäische Staatsanwaltschaft ihre Arbeit aufgenommen hat. Sie soll EU-Geld vor Missbrauch schützen – grenzübergreifend. Das heißt: Bei Korruption, Geldwäsche oder Mehrwertsteuerbetrug zum Schaden der europäischen Steuerzahler führt die neue Staatsanwaltschaft eigenständig strafrechtliche Ermittlungen durch. Der Bund der Steuerzahler hatte diese Staatsanwaltschaft gefordert. Nun gibt es sie – das ist ein Erfolg für die Steuerzahler, der sich künftig auszahlen wird.

Über diese Erfolge im Sinne der Steuerzahler freuen wir uns. Dennoch wird Steuergeld immer wieder zu sorglos eingesetzt und verschwendet. Deshalb bleibt das „Schwarzbuch der öffentlichen Verschwendung“ notwendig, um diese Fälle öffentlich zu machen, die Fehler konkret zu benennen und Debatten anzustoßen.

Sehr geehrte Damen und Herren,

in unserem neuen Schwarzbuch lesen Sie 100 beispielhafte Fälle für den oft sorglosen Umgang mit Steuergeld quer durch Deutschland.

Beginnen möchte ich mit dem Straßenverkehr. Derzeit diskutiert die Politik darüber, wie mehr investiert werden kann – auch in funktionierende Straßen, Brücken und Fahrradwege. Die folgenden Beispiele zeigen: Auch bei gut gemeinten Investitionen gibt es Stolperfallen.

Für mein erstes Beispiel müssen wir zurückschauen – und landen im Jahr 1980. Damals wurde in Castrop-Rauxel, NRW, für damals 950.000 D-Mark eine Brücke gebaut – vorsorglich. Vorsorglich deshalb, weil irgendwann darüber eine Umgehungsstraße führen sollte. Doch bis heute wurde sie NICHT gebaut. Und das Ende vom Lied? Seit mehr als 40 Jahren steht unsere Brücke einfach so da – eine der vielen „So-da-Brücken“ in Deutschland.

Nicht ganz so alt, aber genauso ärgerlich ist ein Beispiel aus Niedersachsen: Zwei Landkreise beteiligten sich an einem bundesweiten Modellversuch zu markierten Fahrrad-Schutzstreifen auf Straßen außerhalb von Ortschaften. Die Markierungen kosteten rund 260.000 Euro. Die Erfahrungen vor Ort waren durchweg positiv. Das sahen der Bund und das Land Niedersachsen jedoch anders und verfügten, dass die Teststrecken wieder entfernt werden – unter Protest der beiden Landkreise, die die markierten Schutzstreifen gern behalten hätten. Kosten für den Rückbau: 763.000 Euro. Fahrradstreifen auf der Straße: 0.

Immerhin konnte der Radstreifen für ein paar Jahre genutzt werden. Wirklich unnütz ist aber, was in Schleswig-Holstein passierte. Dort wird die Bundesstraße 5 zwischen Husum und Tönning auf 20 Kilometer Länge ausgebaut. Dieses Projekt wurde gleich doppelt mit politischer Prominenz gefeiert – zunächst bei einem „ersten Spatenstich“ an EINEM Ende der Ausbaustrecke. Wenige Monate danach wurde dann am ANDEREN Ende erneut ein „erster Spatenstich“ gefeiert. Die Kosten pro feierlichem Spatenstich beliefen sich auf rund 5.000 Euro. Das ist vergleichsweise wenig Geld, aber es wurde unnütz ausgegeben.

Von fragwürdigem Nutzen ist auch eine Fußgängerbrücke im nordrhein-westfälischen Eslohe. Diese neue Brücke wurde nur wenige Meter neben einer bereits bestehenden Brücke mit Fußweg gebaut. Auf der neuen Fußgängerbrücke haben die Passanten nun einige Zentimeter mehr Platz. Kosten für diese minimale Verbesserung: 95.000 Euro Steuergeld.

Ganz schön skurril, oder? Ja, aber es geht noch toller: Mitten in der Pandemie schaltete das Land Hessen Werbeanzeigen, die Steuerzahler darauf hinwiesen, das Amt immer anrufen zu können. Was als besonderer Service beworben wurde, ist doch eigentlich selbstverständlich – und schlug mit mehr als 200.000 Euro zu Buche.

Doch damit sind die originellen Ideen ohne Erfolg nicht am Ende: In Bremen wurden Bilder der bekannten Stadtmusikanten als Wegweiser auf den Boden gemalt. Die Farbe hielt aber nicht lange. Damit war die Orientierung weg – und rund 30.000 Euro aus dem Stadtsäckel. Und im sachsen-anhaltinischen Wittenberg wurden 2.500 Sanduhren angeschafft. Die Stadt wollte sie an Autofahrer verkaufen, die nur kurze Zeit parken möchten. Die Uhren liefen aber viel zu schnell und mussten ausgetauscht werden.

Auch diesmal sind wir wieder auf Probleme der Mischfinanzierung gestoßen. Hier geht es zum Beispiel darum, dass eine Kommune eine Entscheidung trifft, für die das Land oder der Bund dann zahlt. Dass solche Fälle unterm Strich teurer als nötig werden können, zeigt ein Fall von der Insel Fehmarn. Dort wurde für rund 1 Million Euro ein Aussichtsturm auf einer Hafepromenade gebaut. Der war nicht wirklich nötig. Aber durch dieses Alleinstellungsmerkmal wurde die Neugestaltung der Promenade zu 70 Prozent durch das Land gefördert. Aus Sicht der Kommune mag das eine gute Lösung sein, für den Steuerzahler wurde es aber unnötig teuer.

Teurer als nötig wird es auch, wenn sich der Staat als Unternehmer versucht. Ein Beispiel aus Niedersachsen: Dort betreibt die kleine Gemeinde Wathlingen ein eigenes Restaurant. Auch dieses trägt sich nicht selbst und muss durchschnittlich mit mehr als 300.000 Euro im Jahr bezuschusst werden.

Ganz andere Kosten-Dimensionen bringen der Rekord-Bundestag und der Stellenaufwuchs in den Ministerien und der Bundesverwaltung mit sich. Mehr Menschen brauchen nun mal mehr Büros. Und das kann umso teurer werden, wenn sich die Bauprojekte verzögern. Eine Dauerbaustelle ist das Marie-Elisabeth-Lüders-Haus. Eigentlich sollten dort weitere Büros für den Bundestag bis 2014 entstehen. Doch der Anbau ist bis heute nicht fertig. Zwischenzeitlich hieß es, dass er zum Ende der vergangenen Legislaturperiode fertig sein sollte. Aktuell ist zu hören, dass der Bau erst im kommenden Jahr fertig wird. Damit würde sich die Bauzeit verdreifachen. Und die Kosten sind von ursprünglich genehmigten 190 auf 332 Millionen Euro gestiegen.

Eine Kostensteigerung droht auch beim Erweiterungsbau des Kanzleramts. Auch hier wird wegen Platzmangels gebaut – denn nur 20 Jahre nach dem Umzug von Bonn nach Berlin ist das Kanzleramt schon wieder zu klein. Für den Neubau am anderen Spreeufer hat das Parlament 485 Millionen Euro genehmigt. Doch schon heute geht die Bundesregierung davon aus, dass der Bau 600 Millionen Euro kosten wird. Nicht mit eingerechnet sind die voraussichtlich 39 Millionen Euro, die eine zunächst nicht geplante unterirdische Zufahrt kosten soll.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

die Corona-Krise hat uns das Ausmaß des Digital-Rückstands in Deutschland mit Wucht ins Bewusstsein gerufen. Bestimmt erinnern Sie sich an Gesundheitsämter, die mit Faxgeräten und Tabellen versuchten, die Pandemie einzudämmen. Ich denke auch an langsame, betrugsanfällige Antragsverfahren für Hilfszahlungen und nicht zuletzt an Schulen, denen es an Technik und Konzepten für den digitalen Fernunterricht fehlte – und immer noch fehlt.

Klar ist: Auch die schleppende digitale Modernisierung des Staates ist eine Form der Steuergeldverschwendung! Denn die erheblichen Potenziale der Digitalisierung für Entbürokratisierung und mehr Effizienz sind bekannt – eine konsequente digitale Modernisierung der öffentlichen Verwaltung könnte Bürgern, Unternehmen und der Verwaltung selbst viel Zeit und somit mehrere Milliarden Euro pro Jahr einsparen.

Die große Aufmerksamkeit für die Digitalisierung seit Beginn der Pandemie ist nun eine Chance. Jetzt müssen die richtigen Lehren aus der bisher langsamen Digitalisierung gezogen werden. Daher analysieren wir im neuen Schwarzbuch, wie es um die digitale Staats-Modernisierung steht und was die neue Regierung konkret anpacken muss.

Denn vorschnell wird nach mehr Geld für die Digitalisierung gerufen. Fakt ist aber, dass bereits erhebliche Summen zur Verfügung stehen, die zum Teil nur wenig genutzt werden. Die Erfahrung zeigt: Mehr Steuergeld allein wird die Probleme nicht lösen.

Grundlegende Voraussetzung für die Digitalisierung sind vielmehr moderne Strukturen. Das betrifft zum Beispiel den Datenbestand der öffentlichen Verwaltung, einen unkomplizierten digitalen Nachweis der eigenen Identität oder auch einen Digital-TÜV für neue Gesetze. Ich meine, dass es sogar Zeit für eine neue Föderalismusreform ist, um Bund, Länder und Kommunen digitaltauglich zu entflechten.

Darüber hinaus kann der Staat viel dafür tun, Wettbewerb und Innovationen zu ermöglichen – beispielsweise, indem er öffentliche Daten konsequent elektronisch zur Verfügung stellt und für die Beschaffung von Software innovative Vergabeverfahren entwickelt. Insgesamt sollte der Staat seine begrenzten Ressourcen auf genau die Felder fokussieren, bei denen es tatsächlich Marktversagen gibt, um nicht private Initiativen zu verdrängen und den Wettbewerb einzuschränken.

Kurzum: Die digitale Modernisierung des Staates erfordert ein neues Denken. Wichtig dabei ist, die Bedürfnisse der Bürger und der Unternehmen stärker in den Blick zu nehmen, sie von Bürokratie zu entlasten und Leistungen digital und unkompliziert zur Verfügung zu stellen.

Auch bei unseren Recherchen zur Digitalisierung sind wir auf Fälle gestoßen, bei denen mit dem Geld der Steuerzahler nicht sparsam umgegangen wird.

Ein Beispiel sind die digitalen Covid-Impfzertifikate. Sie sind praktisch und werden gut angenommen. Das Problem ist, dass sie millionenfach nachträglich ausgestellt werden mussten, weil zu Beginn der Impfkampagne kein digitaler Impfausweis zur Verfügung stand. In anderen Ländern gibt es diesen Nachweis bereits seit Jahren. Das nachträgliche Ausstellen hat das Verfahren betrugsanfälliger, aufwendiger und damit am Ende teurer für die Steuerzahler gemacht.

Dauer-Probleme bereitet auch der Breitbandausbau. Zwar wird er mit vielen Milliarden Euro Steuergeld gefördert, doch er ist nicht immer zielgerichtet. Zwei Beispiele: Im brandenburgischen Borkheide wurden zum Teil unbewohnte Gartenlauben mit Glasfaseranschlüssen versorgt. Im sächsischen Landkreis Bautzen führte veraltetes Kartenmaterial bei der Planung dazu, dass Breitband in einem Gebiet mit Garten- und Wochenendhäusern verlegt wurde, während Wohngrundstücke im selben Ort zum Teil ausgeklammert wurden.

Viel komplexer ist die Neuordnung der IT des Bundes. Seit 2015 wird daran gearbeitet – und offenbar wurde diese Komplexität unterschätzt. Zwischenzeitlich wurde das ganze Projekt neu geordnet und Zuständigkeiten neu verteilt. Nach derzeitigem Stand wird das Projekt später abgeschlossen als geplant. Zudem sind die Kosten explodiert: So sollte die IT-Konsolidierung Bund zunächst einen „mittleren zweistelligen Millionenbetrag“ kosten. Mittlerweile geht die Bundesregierung davon aus, dass dieses

Projekt 3,4 Milliarden Euro kosten wird. Und: Es gibt begründete Zweifel daran, dass selbst dieser neue Kostenrahmen eingehalten wird.

Sehr geehrte Damen und Herren,

an der digitalen Modernisierung des Staates kommen wir nicht vorbei. Es muss klar sein, dass die Digitalisierung eine Daueraufgabe ist, die langfristig und aus laufenden Einnahmen finanziert werden muss. Die Digitalisierung braucht eine solide Grundfinanzierung statt kurzfristigen Aktionismus und neue Schulden!

Das sage ich bewusst mit Blick auf die neue Bundesregierung und die Diskussion um das Aufweichen der Schuldenbremse.

Eine nachhaltige Finanzpolitik ist wichtiger denn je, weil es um die öffentlichen Haushalte zurzeit nicht gut bestellt ist – das veranschaulicht unsere gesamtdeutsche Schuldenuhr. Seit anderthalb Jahren eilt die Staatsverschuldung von Rekord zu Rekord: Das Staatsschuldenkonto eines jeden Bürgers – also die statistische Pro-Kopf Verschuldung – ist seit Anfang 2020 um mehr als 4.000 Euro auf inzwischen über 28.000 Euro gestiegen.

Übrigens: Das jüngste Klimaurteil des Bundesverfassungsgerichts betont die Verantwortung der Politik für eine faire Lastenteilung zwischen den Generationen. Diese Funktion erfüllt die grundgesetzliche Schuldenbremse als Überschuldungsschutz für kommende Generationen. Deshalb muss sie ohne Abstriche Bestand haben – ein Aufweichen, Zerreden oder sogar Abschaffen muss tabu sein.

Für die künftige Bundesregierung heißt das, endlich Prioritäten bei den Ausgaben zu setzen. Als Bund der Steuerzahler betonen wir: Wenn der Staat von den Bürgern Steuermoral verlangt, dann ist er selbst eine Ausgabenmoral schuldig.

Zum Schluss möchte ich auf unsere Rechercheplattform [schwarzbuch.de](https://www.schwarzbuch.de) hinweisen. Dort finden Sie alle Fälle der gedruckten Ausgabe und einige Fälle mehr. Wir bieten Fotos, Videos und Updates. Denn wir bleiben am Ball – für die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!